

# Gesetz-Sammlung

für die

## Königlichen Preußischen Staaten.

### Nr. 21.

Inhalt: Gesetz über die Aufhebung des Königlich Bayerischen Gesetzes vom 25. Juli 1850, die Einrichtung des die Kunststraßen im Königreich Bayern befahrenden Fuhrwerks betreffend, nebst der zusätzlichen Bestimmung vom 1. Juli 1856 für den Bereich der vormalen Bayerischen Gebietsttheile des Regierungsbezirks Cassel, S. 125. — Allerhöchster Erlass vom 14. Mai 1890, betreffend Bestimmung der Behörden für die Verwaltung der auf Grund des Gesetzes vom 9. Mai 1890 in das Eigenthum des Staats übergehenden Privateisenbahnen, S. 126.

(Nr. 9388.) Gesetz über die Aufhebung des Königlich Bayerischen Gesetzes vom 25. Juli 1850, die Einrichtung des die Kunststraßen im Königreich Bayern befahrenden Fuhrwerks betreffend (Bayer. Gesetzbl. S. 321), nebst der zusätzlichen Bestimmung vom 1. Juli 1856 (Bayer. Gesetzbl. S. 136) für den Bereich der vormalen Bayerischen Gebietsttheile des Regierungsbezirks Cassel. Vom 21. April 1890.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc.  
verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags Unserer Monarchie,  
was folgt:

#### Artikel I.

Das Königlich Bayerische Gesetz vom 25. Juli 1850, „die Einrichtung des die Kunststraßen im Königreich Bayern befahrenden Fuhrwerks betreffend“ (Bayer. Gesetzbl. S. 321), nebst der zusätzlichen Bestimmung vom 1. Juli 1856 (Bayer. Gesetzbl. S. 136) wird für den Bereich der zu dem Regierungsbezirk Cassel gehörigen vormalen Bayerischen Gebietsttheile aufgehoben.

#### Artikel II.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. November 1890 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben an Bord Meiner Yacht „Hohenzollern“, den 21. April 1890.

(L. S.)

Wilhelm.

v. Caprivi. v. Boetticher. v. Maybach. Frhr. Lucius v. Ballhausen.  
v. Goßler. v. Scholz. Herrfurth. v. Schelling. v. Verdyl.  
Frhr. v. Berlepsch.

(Nr. 9389.) Allerhöchster Erlass vom 14. Mai 1890, betreffend Bestimmung der Behörden für die Verwaltung der auf Grund des Gesetzes vom 9. Mai 1890 in das Eigenthum des Staats übergehenden Privateisenbahnen.

Auf Ihren Bericht vom 10. Mai d. J. bestimme Ich zur Ausführung des Gesetzes vom 9. Mai d. J., betreffend den weiteren Erwerb von Privateisenbahnen für den Staat, daß vom 1. Juli d. J. ab:

1) die Verwaltung

- a) der Wernshausen-Schmalkaldener Eisenbahn  
der Eisenbahndirektion zu Erfurt,
  - b) des Unterelbeischen Eisenbahnunternehmens  
der Eisenbahndirektion zu Hannover,
  - c) des Westholsteinischen Eisenbahnunternehmens und des Schleswig-Holsteinischen Marschbahnenunternehmens  
der Eisenbahndirektion zu Altona  
übertragen,
- 2) im Bezirk der Eisenbahndirektion zu Altona und von derselben ressortirend ein Königliches Eisenbahnbetriebsamt mit dem Sitz in Glückstadt errichtet wird, welches in Angelegenheiten der ihm übertragenen Geschäfte alle Befugnisse und Pflichten einer öffentlichen Behörde haben soll.

Dieser Erlass ist durch die Gesetz-Sammlung zu veröffentlichen.

Königsberg, den 14. Mai 1890.

Wilhelm.

v. Maybach.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Redigirt im Bureau des Staatsministeriums.

Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei.